

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 30.09.2011

Niederschrift

zur 5. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 28.09.2011,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3,
Zum Weiher 33, 35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:33 Uhr

Anwesend:

Teilnehmer/-innen:

Herr Norbert Herlein	SPD
Herrn Helmut Volkmann	SPD
Frau Dr. Eva Catsichtis	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Christiane Janetzky-Klein	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anja-Verena Helmchen	CDU
Herr Winfried Wagenbach	CDU
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP

Ortsvorsteher

Vom Magistrat:

Herr Joachim Grußdorf	Stadtrat
-----------------------	----------

Stadtverordnete:

Herr Martin Schlicksupp	CDU
-------------------------	-----

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

Entschuldigt:

Frau Ingrid Kaminski	SPD
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung des Ortsbeirates am 24.08.2011
4. Wahl der stellvertretenden Schriftführeirn/des stellvertretenden Schriftführers
5. Bürgerfragestunde
6. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
7. Mitteilungen und Anfragen
8. Bebauungsplan Nr. G 11 "Margaretenhütte" 1. Änderung und Erweiterung;
hier: Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 02.09.2011 - STV/0338/2011
9. Gestalt der Lahnaue auf der Kleinlindener Seite
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2011 - OBR/0376/2011
10. Straßenbeleuchtung Kleinlinden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2011 - OBR/0377/2011
11. Befestigung eines Fußweges
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 17.09.2011 - OBR/0380/2011
12. Vandalismusschäden in Kleinlinden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2011 - OBR/0378/2011
13. Aufhebung Radverkehr in Gegenrichtung Einbahnstraße Katzenbach
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2011 - OBR/0379/2011

14. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung des Ortsbeirates am 24.08.2011

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

4. Wahl der stellvertretenden Schriftführeirn/des stellvertretenden Schriftführers

Ortsvorsteher Herlein teilt mit, für die Wahl der stellv. Schriftführerin wird vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen *Frau Andrea Allamode* (vom Büro der Stadtverordnetenversammlung) vorgeschlagen.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und sich auch kein Widerspruch gegen eine Wahl durch Handaufheben erhebt, lässt er darüber abstimmen.

Frau Allamode wird einstimmig zur stellv. Schriftführerin gewählt.

5. Bürgerfragestunde

- Mehrere Bürger äußern ihren Unmut über die bestehende Verkehrslage in der Lützellindener Straße, die zu einer erheblichen Gefährdung von Schulkindern führt. Tagtäglich seien gefährliche Situationen zu beobachten, die zum Glück bisher zu keinen Unfällen führten. Es sei an der Zeit, etwas zu unternehmen.

Ortsvorsteher Herlein merkt an, das Thema sei dem Ortsbeirat nicht fremd und diesbezüglich wurde in der letzten Sitzung ein Antrag beschlossen. Nichts desto trotz schlägt er vor, die zuständigen Mitarbeiter der

Verwaltung zu einem Gespräch einzuladen, um die bestehende Verkehrslage in der Lützellindener Straße zu besprechen. Er schlägt vor, das Gespräch so zu terminieren, dass es zwei Stunden vor der Ortsbeiratssitzung am 23.11.2011 stattfindet. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

- Eine Anwohnerin der Weigelstraße, Frau Weickhardt-Rotsch, fordert die Rückkehr zur früheren Regelung des ruhenden Verkehrs. Unterstützt wird die Forderung von 15 weiteren Anwohnern der Weigelstraße. Das entsprechende Anschreiben samt Unterschriftenliste ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Ein Bürger spricht sich dafür aus, die Bürgerfragestunde wieder an das Ende einer jeden Sitzung zu legen, so wie es auch in den anderen Ortsbeiräten der Stadt Gießen üblich sei.

Ortsvorsteher Herlein erläutert kurz die Gründe, warum der Ortsbeirat sich für die Verlegung der Bürgerfragestunde an den Anfang der Sitzung entschieden habe. Jedoch nehme man seine Anregung zur Kenntnis und werde diese intern erörtern.

6. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Ortsvorsteher Herlein stellt fest, dass ihm zwei Stellungnahmen des Magistrats per E-Mail zugegangen seien. Er fragt, ob diese Antworten den Ortsbeiratsmitgliedern ebenfalls vorliegen; dies wird bejaht.

Herr Prof. Dr. Lutz merkt an, per E-Mail sei zudem am 30.08.2011 eine Zwischennachricht des Magistrats zum offenen Brief bezüglich eventueller Schlachthof-Verlegung eingegangen. Diese liegt Ortsvorsteher Herlein nicht vor, wie er feststellt. Vor diesem Hintergrund spricht er sich gegen eine elektronische Zustellung der Antworten des Magistrats aus. Zum einen kontrolliere er nicht jeden Tag sein E-Mail Postfach und zum anderen sei man nicht davor gefeit, dass eine Mail auch mal verloren gehe. Er verlangt, dass die Stellungnahmen zukünftig wieder schriftlich übermittelt werden.

7. Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Großdorf erklärt folgendes zu Protokoll: *„Ich nehme an den Ortsbeiratssitzungen als ehrenamtliches Mitglied des Magistrats nach § 82 Abs. 7 der HGO teil. Insoweit habe ich das Recht an den Beratungen des Ortsbeirates mitzuwirken. Dazu gehört insbesondere, dass ich gemäß § 7 Abs. 7 der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte in der Universitätsstadt Gießen vom 12. März 2008 auf Wunsch das Wort zum Gegenstand der Verhandlung erhalte.*

Ich bin allerdings nicht befugt, Auskünfte über Angelegenheiten des Magistrats zu eben. Hierzu dürfen gemäß § 59 in Verbindung mit § 70 der HGO und der Hauptsatzung der Universitätsstadt Gießen nur die Oberbürgermeisterin und - nach Geschäftsverteilungsplan - die Bürgermeisterin und die hauptamtliche Stadträtin öffentlich Stellung nehmen.

Ich nehme als Kleinlindener mit großem Interesse möglichst regelmäßig an den OBR-Sitzungen teil, um mich für Anfragen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aus erster Hand zu informieren, und um die Anträge und Beratungen des Ortsbeirates authentisch kennen zu lernen. Sie können davon ausgehen, dass ich diese Informationen vor allem dazu nutze, um sie z. B. im Magistrat in geeigneter Form zur Sprache zu bringen.“

Ortsvorsteher Herlein äußert wiederholt seinen Unmut über die Abwesenheit der Bürgermeisterin und kleidet ihn auch in Worte. „Der Ortsbeirat hat immer Wert auf die Anwesenheit eines Hauptamtlichen gelegt. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein“, betont er und zeigt kein Verständnis für das Fehlen, zumal die Sitzungstermine des Ortsbeirates frühzeitig feststehen.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass sich viele Fragen schon klären lassen würden, wenn die Bürgermeisterin anwesend wäre. So müssen die Fragen wieder umständlich an die Stadt weitergeleitet werden, um dann auf eine Antwort zu warten.

**8. Bebauungsplan Nr. G 11 "Margaretenhütte" 1. Änderung STV/0338/2011
und Erweiterung;
hier: Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 02.09.2011 -**

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. G 11 ‚Margaretenhütte‘ beschlossen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 4a BauGB ist durchzuführen.“

Frau Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein, SPD-Fraktion, erklärt, er werde der Vorlage nicht zustimmen, da er „allem misstraut“ was mit diesem Thema zu tun habe.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, spricht von einem „Gebot der Höflichkeit“, die Vorlage zum Bebauungsplan durch ein hauptamtliches Magistratsmitglied vorzustellen. So bleiben viele Fragen offen, die er heute Abend eigentlich der Bürgermeisterin stellen wollte. Er beantragt, die Vorlage in der Beratung und Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Diesem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**9. Gestalt der Lahnaue auf der Kleinlindener Seite
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
12.09.2011 -**

OBR/0376/2011

Antrag:

„Wir bitten um Auskunft zur Planung der Gestaltung der Lahnaue auf Kleinlindener Flur.“

Begründung:

Am Lahnufer stehen im Bereich des alten Lahnarms seit langer Zeit Eisengitter in einer Länge von etwa 200 m. Darunter sind umgestürzte oder ausgehobene Elemente. An einer Wegsperre sind Lampen angebracht, deren Lichtquelle versagt hat. Das führte dazu, dass keine eindeutige Funktion erreichbar ist. Das verleitet zu Umgehungen. Fahrzeugspuren zeigen das an.

Der Teil der Aue zwischen der Brücke über die E40 (B49) und dem Heuchelheimer Straße wird nicht gemäht. Vor allem um den Mast der Hochspannungsleitung herum verbuscht die Wiese.

Wir fragen, welches Konzept die Stadt im Kleinlindener Bereich zur Gestaltung des Lahnufers und der sich daran anschließenden Wiesen verfolgt. Insbesondere möge bedacht werden:

1. In Anbetracht der Landesgartenschau ist für Kleinlinden wichtig, ob Vorstellungen der Magistrats zur Gestaltung außerhalb der eintrittspflichtigen Gebiete für Initiativen von Kleinlindener Seite förderlich sind.
2. Wenn Entstehen eines freien Auenwalds gefördert werden könnte, wird das die Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt in der Lahnaue erhöhen und damit die Attraktivität der Lahnaue sowohl für die Bevölkerung von Kleinlinden und der gesamten Stadt als auch für die Benutzer des Radfernwegs (R7), der durch die Lahnaue führt, anheben.

Herr Prof. Dr. Lutz trägt den Antrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. Straßenbeleuchtung Kleinlinden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
12.09.2011 -**

OBR/0377/2011

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, zu überprüfen, ob die Beleuchtung der Straßen außerhalb von Hauptstraßen (Wetzlarer und Frankfurter Str.) in tiefen Nachtstunden zwischen 1 und 4 Uhr reduziert werden kann, um einen Beitrag zur Einsparung von Energie zu leisten und ohne die Sicherheit zu gefährden.“

Begründung:

Die Stadt Gießen hat im Haushaltsplan 2011 (S. 5.10 – Nr. 13) Aufwendungen für Strom, Fernwärme Wasser - inklusiv Straßenbeleuchtung – in Höhe von **5.843.000 €** ausgewiesen. Das ist eine Steigerung gegenüber 2010 von 22 %. Die Nutzung von Ressourcen ist also erheblich teurer geworden. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung beinhalten sicher einen hohen 5-stelligen Betrag. Die Bundesregierung plant, den Stromverbrauch bis 2020 um mindestens 10 % zu senken. Dazu gibt es technische und logistische Möglichkeiten.

Technisch: Durch die EU-Verordnung zur Anforderung an Leuchtstofflampen (in Kraft seit 13. 4. 2009) und dem deutschen Energieproduktegesetz (seit 7. 3. 2008) werden neuen Bedingungen zur Qualität der Leuchtstoffkörper vorgegeben und Impulse zum Klimaschutz gegeben. In den nächsten Jahren müssen auch die heute modernen Leuchtstofflampen (Natriumdampfhochdruck) bei Ende der Betriebszeit durch solche auf der Basis von Leuchtdioden (LED) ersetzt werden. werden.

Logistisch: Die Einsparung kann durch Verminderung der Leuchtstärke bzw. Abschalten von Teilen der Leuchtkörper, z.B. jedem zweiten (Teil-) Leuchtkörper, oder der Verwendung von „Dämmerungsschaltern“ angegangen werden. Damit wird die Attraktivität Kleinlindens nicht eingeschränkt und eine ausreichende Sehleistung für die Straßenbenutzer erhalten.

Herr Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, trägt den Antrag vor.

Frau Helmchen, CDU-Fraktion, schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ergänzen:

„Der Magistrat wird gebeten, zu überprüfen, wie hoch die Kosten für die Beleuchtung der Straßen außerhalb der Hauptstraßen sind.“

Weiter wird der Magistrat gebeten, zu überprüfen, ob die Beleuchtung der Straßen außerhalb von Hauptstraßen (Wetzlarer und Frankfurter Str.) in tiefen Nachtstunden zwischen 1 und 4 Uhr reduziert werden kann, um einen Beitrag zur Einsparung von Energie zu leisten und ohne die Sicherheit zu gefährden.“

Herr Prof. Dr. Lutz übernimmt die vorgeschlagene Ergänzung.

Beratungsergebnis: Der so ergänzte Antrag wird einstimmig beschlossen.

11. Befestigung eines Fußweges **OBR/0380/2011**
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom
17.09.2011 -

Antrag:

„Befestigung des Fußwegs von dem Fontaneweg (zwischen den Hausnummern 16a und 18) in Richtung Schule und Kita.“

Begründung:

Bei starken Regenfällen wird der Sand- und Kiesbelag dieses abschüssigen Weges in den Fontaneweg, - der seinerseits abschüssig zur Herrmann Löns Str. verläuft -, weggespült, um dann weiter unten in den Gully zu münden. Es sollte also sowohl der Aushöhlung des o. e. Weges (der sehr stark frequentiert wird) als auch der vorhersehbaren Verstopfung des Gullys vorgebaut werden.

Wir bitten um geeignete Maßnahmen für eine Lösung.

Frau Dr. Catsichtis, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, trägt den Antrag vor und begründet ihn kurz.

Ortsvorsteher Herlein regt an, den Antrag wie folgt zu formulieren:

„*Der Magistrat wird gebeten, die Befestigung des Fußwegs von dem Fontaneweg (zwischen den Hausnummern 16a und 18) in Richtung Schule und Kita vorzunehmen.*“

Frau Dr. Catsichtis übernimmt die vorgeschlagene Formulierung, somit ist der Antrag wie vorstehend geändert.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

12. Vandalismusschäden in Kleinlinden **OBR/0378/2011**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates zu berichten:

1. Sind dem Magistrat die neuesten Vandalismusschäden im Bereich des Grillplatzes und der Bushaltestelle Brüder - Grimm - Schule im Stadtteil Kleinlinden bekannt?
2. Falls diese Schäden dem Magistrat bekannt sind, wird er weiterhin gebeten zu berichten, was ihm über die Ursache der Schäden bekannt ist.

3. Außerdem wird der Magistrat gebeten zu berichten, an welchen Tagen des Jahres 2011 die aufsuchende Jugendsozialarbeit an welchen Orten und zu welchen Zeiten Kontakt mit Jugendlichen im Stadtteil Kleinlinden hatte.
4. Vor dem Hintergrund der wieder zunehmenden Fälle von Vandalismus und Lärmbelästigung im Stadtteil Kleinlinden wird der Magistrat außerdem gebeten zu berichten, ob er den im August 2011 vom Ortsbeirat einstimmig verabschiedeten Beschluss zum Erhalt des offenen Jugendtreffs Kleinlinden einschließlich der Verbesserung des bisherigen Angebotes nachkommen wird und als erste Maßnahme dazu die erfolgte Kündigung der Räume im TSV - Tennisheims zum 1. Oktober 2011 wieder zurückgenommen hat.“

Begründung:

Den die Gemarkung Kleinlinden regelmäßig begehenden Einwohnerinnen und Einwohnern Kleinlindens sind in letzter Zeit wieder vermehrt Folgen wahllosen Vandalismus aufgefallen. Auch klagen Anwohner seit Beginn des Jahres wieder über Lärmbelästigung durch Gelage teilweise stark alkoholierter Jugendlicher.

Jüngstes Beispiel sind herausgerissene Sitzbänke am Grillplatz Hellberg sowie ein ausgebrannter Mülleimer an der Bushaltestelle Brüder - Grimm - Schule.

Der Ortsbeirat wünscht daher Auskunft darüber, ob der Magistrat Kenntnis über diese Vandalismusfälle und deren Ursache hat und ob und wo die aufsuchende Jugendsozialarbeit im laufenden Jahr überhaupt Kontakt zu Kleinlindener Jugendlichen hatte.

Außerdem zeigen die geschilderten Vorfälle wie dringend die Umsetzung des im August 2011 einstimmig gefassten Beschlusses des Ortsbeirates zum Erhalt des offenen Jugendtreffs Kleinlinden incl. der Verbesserung des Angebotes ist.

Als erste Maßnahme soll die Kündigung der bisherigen Räumlichkeiten des offenen Jugendtreffs Kleinlinden im TSV - Tennisheim zum 1. Oktober 2011 zurückgenommen werden.

Herr Dr. Greilich trägt den Antrag vor und begründet ihn kurz.

In der nun folgenden Diskussion, an der sich die Ortsbeiratsmitglieder Herlein, Dr. Catsichtis, Prof. Dr. Lutz, Janetzky-Klein, Helmchen und Stadtrat Grußdorf beteiligen, äußern sich die Mitglieder des Ortsbeirates verwundert darüber, dass entgegen des Beschlusses des Ortsbeirates vom 30.06.2010 - Beibehaltung des Jugendtreffs in Kleinlinden - nun eine Kündigung zum 01.10.2011 ausgesprochen wurde. Hierzu stellt **Ortsvorsteher Herlein** fest, dass auch bei dieser Thematik der Ortsbeirat mal wieder nicht sachgerecht beteiligt und entsprechend informiert worden sei.

Ortsvorsteher Herlein regt an, dem Beispiel der Stadt Frankfurt folgend den

Ausbau der Brüder-Grimm-Schule mit einem außerschulischen Jugendtreff zu verbinden.

Aufgrund der ausführlichen Diskussion ändert Herr Dr. Greilich den Antrag auf wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates zu berichten:

5. *Sind dem Magistrat die neuesten Vandalismusschäden im Bereich des Grillplatzes und der Bushaltestelle Brüder - Grimm - Schule im Stadtteil Kleinlinden bekannt?*
6. *Falls diese Schäden dem Magistrat bekannt sind, wird er weiterhin gebeten zu berichten, was ihm über die Ursache der Schäden bekannt ist.*
7. *Außerdem wird der Magistrat gebeten zu berichten, an welchen Tagen des Jahres 2011 die aufsuchende Jugendsozialarbeit an welchen Orten und zu welchen Zeiten **sozialpädagogische Arbeit** mit Jugendlichen im Stadtteil Kleinlinden **geleistet hat**.*
8. *Vor dem Hintergrund der wieder zunehmenden Fälle von Vandalismus und Lärm-belästigung im Stadtteil Kleinlinden wird der Magistrat außerdem gebeten zu berichten, ob er den im August 2011 vom Ortsbeirat einstimmig verabschiedeten Beschluss zum Erhalt des offenen Jugendtreffs Kleinlinden einschließlich der Verbesserung des bisherigen Angebotes nachkommen wird und als erste Maßnahme dazu die erfolgte Kündigung der Räume im TSV - Tennisheims zum 1. Oktober 2011 wieder zurückgenommen hat.*
5. ***Wir bitten um Auskunft, warum entgegen der Absprache vor der Kommunalwahl eine Kündigung des bisher bestandenen Jugendtreffs im TSV Tennisheim erfolgt ist?“***

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig zugestimmt (Ja: SPD/CDU/FDP/1 GR; StE: 2 GR).

**13. Aufhebung Radverkehr in Gegenrichtung Einbahnstraße Katzenbach OBR/0379/2011
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die Öffnung der Einbahnstraße Katzenbach zwischen Frankfurter Straße und Zum Maiplatz für Radverkehr in Gegenrichtung wieder umgehend rückgängig gemacht wird.“

Begründung:

Seit Jahren wurde auch vom Ortsbeirat Kleinlinden gegenüber dem Straßenverkehrsamt aus Gründen der Verkehrssicherheit moniert, dass durch eine undeutliche Kennzeichnung Radfahrer irrtümlich davon ausgehen konnten, dass für sie das

Befahren der Einbahnstraße Katzenbach zwischen Frankfurter Straße und Zum Maiplatz in Gegenrichtung erlaubt sei.

Umso entsetzter musste der Leser der örtlichen Presse am 9. August 2011 feststellen, dass die Stadt nun tatsächlich die Katzenbach in diesem Abschnitt für den Radverkehr auch in der Gegenrichtung freigegeben hat.

Eine Unterrichtung der Mitglieder des Ortsbeirates durch den Magistrat ist bis zum heutigen Tage leider nicht erfolgt.

Wie offensichtlich den zuständigen Stellen in Gießen nicht bekannt ist, beschreibt die Katzenbach vor der Einmündung der Hermann - Rau - Straße eine 90 Grad – Kurve und die Autofahrer, die an dieser Stelle wegen des ruhenden Verkehrs häufig auf der linken Hälfte der Fahrbahn unterwegs sind, können dort entgegenkommende Radfahrer weder sehen noch ihnen ausweichen.

Unfälle mit Personenschäden sind somit programmiert.

Um dies zu verhindern, bittet die FDP - Fraktion um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Dr. Greilich trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Frau Helmchen, CDU-Fraktion, spricht von „einer brenzlichen Situation“. Sie rät dazu, die Sicherheit der Radfahrer höher zu bewerten, als das berechnete Interesse der Radler, als gleichwertige Verkehrsteilnehmer anerkannt zu werden.

Frau Janetzky-Klein und ihre Fraktionskollegen **Dr. Catsichtis** und **Prof. Dr. Lutz** setzen sich eindringlich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Regelung ein. Man wisse um die Gefährdung der Radfahrer, aber die Rechte der Radler dürfen nicht eingeschränkt werden.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, merkt an, bei aller Diskussion dürfe nicht das voraussichtlich zunehmende Verkehrsaufkommen durch die künftige Ansiedlung der Poststelle an der Ecke Katzenbach/Zum Maiplatz vergessen werden.

Im Anschluss an die ausführliche Diskussion ändert der Antragsteller seinen Antrag wie folgt:

*„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die Öffnung der Einbahnstraße Katzenbach zwischen Frankfurter Straße und Zum Maiplatz für Radverkehr in Gegenrichtung **kurzfristig aufgehoben und zwischenzeitlich dringend eine eindeutige Fahrbahnmarkierung für Radfahrer und Halteverbotsregelung für Pkw's vorgenommen wird.**“*

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, FDP; StE: GR).

14. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **26.10.2011, um 20:00 Uhr** statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 17.10.2011, 08:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Herlein

(gez.) Allamode